



Turkish Classics e. V.
Aachen Türk Sanat Müziği Korusu

VEREINSSATZUNG

§ 1 Name und Sitz des Vereins

Der Verein führt den Namen „**Turkish Classics**“.

Er soll in das Vereinsregister eingetragen werden und trägt dann den Zusatz „**e. V.**“.

Der Sitz des Vereins ist **Aachen**.

§ 2 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr ist das jeweilige Kalenderjahr.

§ 3 Zwecke und Ziele des Vereins

Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar **gemeinnützige** Zwecke im Sinne des Abschnitts „steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabeordnung.

Der Verein verfolgt grundsätzlich keine parteipolitische oder konfessionelle Ziele, schließt diese also ausdrücklich aus. Die Mittel des Vereins dürfen nur für satzungsmäßige Zwecke verwendet werden.

Der Verein hat sich zur Aufgabe gestellt:

- a. Förderung der türkischen Kunst und Kultur,
- b. Pflege des Liedgutes und des Chorgesanges,
- c. Das Zusammenbringen türkischer und nicht türkischer Kulturen,
- d. Das Organisieren und Unterstützen von Kunst- und Kulturveranstaltungen, die den Punkten „a, b und c“ dienen.
- e. Der Verein fördert durch Informationen, Ausbildung und Veranstaltungen das Verständnis zur Vertiefung kultureller und künstlerischer Zusammenarbeit zwischen türkischen und nicht türkischen Mitbürgern.
- f. Der Verein informiert, außer seine Mitglieder, auch andere Interessenten über seine künstlerische und kulturelle Arbeit.
- g. Der Verein fördert, zum Zwecke der Information seiner Mitglieder und allen Interessenten, interkulturelle Veranstaltungen und lädt dazu Künstler ein.
- h. Der Verein fördert die Toleranz und die Völkerverständigung, sowie die Vertiefung der Kontakte zu den Kulturinstitutionen in den EU Ländern.
- i. Der Verein fördert und organisiert **generationsübergreifende** kulturelle Veranstaltungen und Freizeitangebote und führt sie durch.
- j. Der Verein **fördert und** organisiert Bildungsmaßnahmen, Kurse und führt sie durch.
- k. Für angebotene Kurse stellt der Verein Honorar- und Lehrkräfte ein.
- l. Der Verein fördert Kommunikations- und Kontaktmöglichkeiten sowohl durch generations- und geschlechtsspezifische als auch generations- und geschlechtsübergreifende geeignete Treffpunkte und Veranstaltungen.

§ 4 Selbstlose Tätigkeit

Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

§ 5 Mittelverwendung

Die Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.

§ 6 Verbot von Begünstigungen

Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 7 Erwerb der Mitgliedschaft

Mitglieder des Vereins können natürliche oder juristische Personen werden.

Der Aufnahmeantrag ist schriftlich zu stellen.

Über den Aufnahmeantrag in den Verein als ordentliches Mitglied entscheidet der Vorstand.

Das Ergebnis der Entscheidung wird dem Bewerber nur bei Ablehnung schriftlich mitgeteilt.

Die Ablehnung der Aufnahme durch den Vorstand ist nicht anfechtbar. Ein Aufnahmeanspruch besteht nicht.

Durch einen Mehrheitsbeschluss der Vorstandsversammlung kann eine Ehrenmitgliedschaft einzelnen natürlichen Personen verliehen werden, die sich besondere Verdienste bei der Verfolgung des Vereinszwecks erworben haben. Ehrenmitglieder entrichten keinen Mitgliedsbeitrag und erhalten kein Stimmrecht.

Die Mitglieder können erst nach einem Zeitraum von mindestens 3 Monaten Mitgliedschaft wählen und gewählt werden.

§ 8 Beendigung der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluss, Tod oder Auflösung der juristischen Person

Der Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber einem vertretungsberechtigten Vorstandsmitglied. Die schriftliche Austrittserklärung muss mit einer Frist von einem Monat jeweils zum Ende des Geschäftsjahres eingereicht werden.

Darüber hinaus kann die Mitgliedschaft enden durch:

- Ausschluss, der von der Vorstandversammlung unter Zustimmung der Mehrheit des Hauptvorstandes wegen eines Verstoßes gegen die Interessen des Vereins beschlossen wird,
- Mehrheitsbeschluss kann der Vorstand ein Mitglied von der Mitgliedschaft ausschließen, wenn es trotz schriftlicher Mahnung den fälligen Mitgliedsbeitrag nicht spätestens zwei Monate nach Fälligkeit beglichen hat. Die Mahnung ist einen Monat nach Fälligkeit mittels Einschreiben zu übermitteln. Sie muss den Hinweis auf die bevorstehende Streichung enthalten. Diese darf erst beschlossen werden, wenn ein weiterer Monat verflossen ist und bis zu diesem Zeitpunkt der Mitgliedsbetrag nicht restlos getilgt ist. Die Streichung ist dem Betroffenen schriftlich mitzuteilen.

§ 9 Beiträge

Von den Mitgliedern werden Beiträge erhoben. Die Höhe der Beiträge und deren Fälligkeit bestimmt die Mitgliederversammlung.

Jedes Mitglied hat einen Jahresbeitrag in Höhe von **12,-** Euro zu leisten. Der Jahresbeitrag gilt jeweils immer für ein Jahr. Der Mitgliedsbeitrag soll durch Dauerauftrag oder durch Lastschriftermächtigung der Mitglieder auf das Vereinskonto eingezahlt werden.

Die Mitglieder des Vereins tragen zur Unterstützung der Vereinsziele bei durch:

- aktive Mitarbeit,
- freiwillige Geldspenden,
- Sachspenden,
- Kursgebühren,
- andere Hilfen.

Eine Änderung des Mitgliedsbeitrages kann nur vom Vorstand beschlossen werden. Spenden, Einnahmen aus eigenen Veranstaltungen und weitere, sonstige Einnahmen werden der Vereinskasse zugeführt und satzungsgemäß verwendet.

§ 10 Vereinsorgane

Der Verein hat folgende Organe:

- Mitgliederversammlung
- Vorstand

§ 11 Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung ist das oberste Vereinsorgan. Zu ihren Aufgaben gehören insbesondere die Wahl und Abwahl des Vorstands, Entlastung des Vorstands, Entgegennahme der Berichte des Vorstands, Wahl der Kassenprüfer/innen, Festsetzung von Beiträgen und deren Fälligkeit, Beschlussfassung über die Änderung der Satzung, Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins, Entscheidung über Aufnahme und Ausschluss von Mitgliedern in Berufungsfällen sowie weitere Aufgaben, soweit sich diese aus der Satzung oder nach dem Gesetz ergeben.

Im ersten Quartal eines jeden Geschäftsjahres findet eine ordentliche Mitgliederversammlung statt.

Die Mitgliederversammlung wird vom Vorstand unter Einhaltung einer Frist von einem Monat schriftlich unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Die Frist beginnt mit dem auf die Absendung des Einladungsschreibens folgenden Tag.

Eine außerordentliche Mitgliederversammlung muss einberufen werden,

- wenn der Vorstand dieses mit Mehrheit beschließt. Hierzu ist er verpflichtet, falls es das Wohl des Vereins erfordert und besonders dringliche Vorlagen zur Beratung und Beschlussfassung anstehen.
- wenn zwei Mitglieder des Vorstandes vorzeitig aus ihren Ämtern ausscheiden.
- wenn die Einberufung von 1/3 der Mitglieder gefordert wird, sowie Zweck und Grund schriftlich dem Vorstand unterbreitet werden.

Jedes Mitglied kann spätestens eine Woche vor einer Mitgliederversammlung schriftlich beim Vorstand die Ergänzung der Tagesordnung verlangen. Die Ergänzung ist zu Beginn der Versammlung bekanntzumachen. Über die zusätzliche Aufnahme dieser Anträge entscheidet die Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit.

Anträge über die Abwahl des Vorstands, über die Änderung der Satzung und über die Auflösung des Vereins, die den Mitgliedern nicht bereits mit der Einladung zur Mitgliederversammlung zugegangen sind, können erst auf der nächsten Mitgliederversammlung beschlossen werden.

Die Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Mitglieder sind nur dann stimmberechtigt, wenn sie ihre Beitragsleistung fristgemäß geleistet haben. Ausgenommen ist davon die erste Versammlung bezüglich der Gründung.

Das Stimmrecht kann nur persönlich oder für ein Mitglied unter Vorlage einer schriftlichen Vollmacht ausgeübt werden.

Bei Abstimmungen entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

Zu Beginn der Mitgliederversammlung ist ein Schriftführer zu wählen.

Die Mitgliederversammlung wird von einem Vorstandsmitglied geleitet.

Alle zwei Jahre muss eine Mitgliederversammlung mit Vorstandswahlen stattfinden. Dies geschieht nur bei einer Teilnahme von 51% der Mitglieder. Falls der Vorstand diese Anzahl von Mitgliedern nicht zusammenbringen kann, verschiebt sich die Wahl um vier Wochen. Eine zum erneuten Male einberufene Versammlung ist dann mit den anwesenden Mitgliedern beschlussfähig.

Satzungsänderungen und die Auflösung des Vereins können nur mit einer Mehrheit von 2/3 der anwesenden Mitglieder beschlossen werden.

Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen bleiben außer Betracht.

Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll anzufertigen, das vom Versammlungsleiter und dem Schriftführer zu unterzeichnen ist.

Das Protokoll muss enthalten:

Ort und Zeit der Versammlung, Name des Versammlungsleiters und des Schriftführers, Zahl der erschienenen Mitglieder, Feststellung der satzungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit, die Tagesordnung, die gestellten Anträge, alle Abstimmungsergebnisse (Zahl der Ja - Stimmen, der Nein - Stimmen, Stimmenthaltungen, ungültige Stimmen, Art der Abstimmung, eventuelle Widersprüche. Jeder Antrag, der eine Satzungsänderung (Zweckänderung) betrifft, ist wörtlich in das Protokoll aufzunehmen.

Verlauf und Abwicklung der Mitgliederversammlung

- Wahl eines Schriftführers / einer Schriftführerin
- Berichte, Entlastung und Wahl des Vorstandes
- Berichte, Entlastung und Wahl der Kassenprüfer.
- Beratung des Tätigkeitsberichtes.
- Beschlüsse über Satzungsänderungen gem. § 11 und Beschluss über Auflösung des Vereins § 11 der Satzung.
- Benennung oder Aberkennung der Mitgliedschaft.
- Die Aberkennung ist nur bei einem schwerwiegenden Verstoß gegen den Vereinszweck zulässig.
- Die Berufungsinstanz bezüglich der Entscheidung des Vorstandes über den Ausschluss eines Mitglieds.

§ 12 Vorstand

Der Vorstand im Sinn des §26 BGB ist das satzungsgemäße Organ des Vereins. Er besteht aus dem / der 1., 2. und 3. Vorsitzenden und einem Kassierer/In. Sie vertreten den Verein gerichtlich und außergerichtlich. Zwei Vorstandsmitglieder vertreten gemeinsam den Verein.

Der Vorstand wird jeweils auf Dauer von zwei Jahren bei der Mitgliederversammlung gewählt.

Vorstandsmitglieder können nur Mitglieder des Vereins werden.

Wiederwahl ist zulässig.

Der Vorstand bleibt solange im Amt, bis ein neuer Vorstand gewählt ist.

Bei Beendigung der Mitgliedschaft im Verein endet auch das Amt als Vorstand.

Bei der Mitgliederversammlung werden vier Ersatzmitglieder des Vorstandes gewählt. Die Ersatzmitglieder haben im Vorstand kein Stimmrecht. Amtszeit bis zur Neuwahl.

Die Wahlvorschläge können schriftlich oder mündlich eingebracht werden.

Die Wahlkommission händigt jedem anwesenden Mitglied einen Stimmzettel aus, auf dem das Mitglied die Namen der Kandidaten aufschreibt, dem es seine Stimme geben will. Die Mitgliederversammlung kann bei der Wahlkommission auch einen offenen Wahlvorgang beantragen. Bei einvernehmlicher Zustimmung aller anwesenden Mitglieder kann eine offene Wahl durchgeführt werden.

Es dürfen nur Kandidaten gewählt werden, die von der Wahlkommission anerkannt wurden. Für die nicht anerkannten Kandidaten muss die Wahlkommission eine Begründung gemäß Satzung und laut BGB Vereinsrecht abgeben. Zu Vorstandsmitgliedern und Kassenprüfern können nur ordentliche Vereinsmitglieder gewählt werden

Die Wahl der jeweiligen Vorstandsposten erfolgt entsprechend im Einzelwahlverfahren also nach der Reihe. Zunächst wird der Vorstandsvorsitzende gewählt, anschließend erfolgt die Wahl der Stellvertreter, der Kassierer, der Schriftführer, der Ersatzmitglieder, usw.

Die Einberufung einer Vorstandssitzung und Leitung der Sitzung obliegt dem ersten Vorsitzenden. Der Vorstand ist mit einfacher Mehrheit der Vorstandsmitglieder beschlussfähig. Ein Vorstandsmitglied kann seine Stimme nicht delegieren. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Votum des ersten Vorsitzenden.

Nur die Vorstandsmitglieder, die eine zusätzliche Leistung hinsichtlich der Organisationsaufgaben erbringen, werden nach Absprache mit dem Vorstand und dessen mehrheitlichen Einverständnis vergütet. Der Vorstand kann zum Zwecke der Leitung und Organisation des Vereins einen Chor- und Orchesterleiter einstellen.

Dieser muss folgende Besonderheiten besitzen:

Abschluss eines Konservatoriums oder gleichwertiger Abschluss einer Hochschule mit nachweisbarer, einschlägiger Erfahrung in Chor und Orchesterleitung. Diese Punkte sind auch für den Namen und die Zwecke des Vereins wichtig.

Aufgaben des Vorstandes

Der Vorstand hat alle laufenden Verwaltungsaufgaben zu erledigen, die durch die Satzung nicht ausdrücklich einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind. In den Wirkungs- und Verantwortungsbereich des Vorstandes fallen insbesondere.

- *Die Beschlussfassung über die Einberufung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung.*
- *Die Vorbereitung und Einberufung jeder Mitgliederversammlung.*
- *Die Aufstellung der Tagesordnung und Ihre evtl. Ergänzung.*
- *Erstellung des Jahresberichtes.*
- *Die Prüfung der Rechtswirksamkeit aller Beschlüsse der Mitglieder-Versammlung und die Ausführung dieser Beschlüsse.*
- *Die Übermittlung eines satzungsändernden Beschlusses an das zuständige Finanzamt.*

- *Die Buchführung, die ordnungsgemäße Verwaltung und Verwendung des Vereinsvermögens.*
- *Die Aufnahme, die Streichung sowie der Ausschluss von Mitgliedern.*
- *Die Anstellung und Kündigung von Vereinsangestellten sowie deren Beaufsichtigung.*

§ 13 Prüfung der Kassen und Geschäftsführung

Die Mitgliederversammlung wählt für die Dauer von einem Jahr zwei Kassenprüfer/Innen.

Diese dürfen nicht Mitglied des Vorstandes sein.

Eine Wiederwahl ist zulässig.

Die Prüfung hat mindestens einmal in der Wahlperiode zu erfolgen. Der Vorstand hat den Prüfern Auskunft über alle mit der Geschäftsführung zusammenhängenden Fragen zu geben.

§ 14 Auflösung des Vereins und Vermögensanfall

Die Auflösung des Vereins kann nur von einer Mehrheit von 2/3 der Mitglieder beschlossen werden.

Wenn die Mitgliederversammlung nichts anderes beschließt, ist der erste Vorsitzende der Vertretungsberechtigte Liquidator. Diese Regelung gilt auch dann, wenn der Verein aus einem anderen Grunde aufgelöst wird oder wenn er seine Rechtsfähigkeit verliert.

Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins

- je zur Hälfte dem Deutschen Roten Kreuz und dem Türkischen Roten Halbmond zu. Beide Institutionen haben das Vermögen unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige oder mildtätige Zwecke zu verwenden.

§ 15 Genehmigung

Die Gründungsmitglieder beauftragen und gestatten dem erst gewählten Vorstand, die vorliegende Satzung abzuändern, für den Fall, dass das Amtsgericht bei der Vereinseintragung Beanstandungen erheben sollte.

Aachen im Jahr 2015